

Gemeinsame Stellungnahme zum eskalierenden Karikaturen-Streit

Wir sind betroffen über die weltweite und gewalttätige Eskalation des Konfliktes, den die zwölf Karikaturen des Propheten Mohammed in einer dänischen Zeitung ausgelöst haben.

Wir bedauern, dass durch diesen Konflikt gegenseitige Feindbilder verstärkt und Gefühle des Hasses, der Wut, der Verachtung und der Angst erzeugt werden.

Wir sind überzeugt,

dass die Pressefreiheit ein Grundwert unserer europäischen Gesellschaften ist, an dem festzuhalten ist. Die Pressefreiheit kommt allen, auch den hier lebenden Muslimen zugute, denn sie trägt zu einer freien Meinungsbildung bei.

Die Pressefreiheit darf aber nie so weit gehen, dass durch Artikel, Bilder oder Sendungen die Würde von Menschen verletzt wird. Rassistische, antisemitische oder in anderer Weise erniedrigende Äusserungen sind zu Recht verboten. Wir sind der Meinung, dass Äusserungen, die religiöse Gefühle von Menschen verletzen, zu unterlassen sind.

Zur freien Meinungsäusserung gehört auch die Freiheit, durch Karikaturen einen Sachverhalt oder ein Ereignis auf überspitzte Weise darzustellen oder zu kritisieren. Aber auch diese Freiheit muss ihre Grenzen haben. Bilder und Karikaturen dürfen von keiner Seite als ideologische Kampfmittel eingesetzt werden. Bilder, die stereotype Vorurteile schaffen, begünstigen oder verfestigen, lehnen wir ab.

Zum Wesen der demokratischen Staatsform gehört der faire Meinungsstreit. Wir haben denn auch Verständnis dafür, dass die dänischen Muslime gegen die Veröffentlichung der einschlägigen Karikaturen protestiert haben. Die Art und Weise wie sich dieser Protest dann aber international weiterentwickelt hat, erfüllt uns mit grosser Sorge. Wir verurteilen die Anwendung von Gewalt und erachten Boykottmassnahmen als unangebracht und den Konflikt weiter aufheizend.

Wir appellieren an alle an diesem religiösen und politischen Streit beteiligten Personen und Parteien, jegliche Gewalt einzustellen und in gegenseitiger Achtung das Gespräch zu suchen.

Wir rufen die hier lebenden Mitglieder der verschiedenen Religionsgemeinschaften dazu auf, sich nicht von den internationalen Spannungen und Konflikten beeinflussen zu lassen. Vorschnelle und falsche Solidarisierungen mit der einen oder anderen Seite sind zu vermeiden.

Wir wollen die gemeinsamen Anliegen und Überzeugungen unserer Religionsgemeinschaften betonen und fördern. Wir achten aber auch die religiösen und kulturellen Differenzen, die wir haben, und treten für einen respektvollen Dialog ein.

Die Unterzeichnenden haben darum vor eineinhalb Jahren im Kanton Zürich den Interreligiösen Runden Tisch gegründet. Dieser dient dem gegenseitigen Verständnis und fördert den Gedankenaustausch unter Leitungsverantwortlichen der erwähnten religiösen Gemeinschaften.

Wir setzen uns gemeinsam dafür ein, dass der religiöse Frieden in unserer Gesellschaft erhalten bleibt und durch geeignete Mittel und Massnahmen gestärkt wird.

Pfr. Dr. h.c. Ruedi Reich, Kirchenratspräsident, Dr. Ismail Amin, Präsident der Vereinigung der Islamischen Organisationen in Zürich; Harry Berg, Präsident der Israelitischen Cultusgemeinde Zürich; Dr. Taner Hatipoglu, Vizepräsident der Vereinigung der Islamischen Organisationen in Zürich; Nicole Poëll, Präsidentin der Jüdischen Liberalen Gemeinde Zürich; Pfr. Dr. Harald Rein, christkatholische Kirche Zürich; Weihbischof Dr. Paul Vollmar, Generalvikar für den Kanton Zürich; Dr. René Zihlmann, Präsident der römisch-katholischen Zentralkommission des Kantons Zürich

Zürich, 8. Februar 2006